

Lektüre dieses Buches stehen: Man findet auf der einen Seite gut begründete Skepsis gegenüber einer schwarz-grünen Zusammenarbeit (etwa *Petersen*), während auf der anderen Seite einige der Autoren ganz explizit und mit guten Argumenten die Chancen einer solchen „Koalition der Verschiedenen“ herausstellen (besonders *Dettling*, auch *Blome*). Aus dieser Sicht erschiene dann Schwarz-Grün als die – gerade für die CDU/CSU – fast zwangsläufige Koalitionsoption.

Dieter Ohr

POLITIKFELDDANALYSE

Schäfer, Armin, und Wolfgang Streeck (Hrsg.). *Politics in the Age of Austerity*. Cambridge. Polity Press 2013. 320 Seiten. 23,00 €.

Den vielen Büchern zur aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise haben *Armin Schäfer* und *Wolfgang Streeck* ein weiteres hinzugefügt. Dankenswerter Weise. Denn die Lektüre des knapp 320 Seiten starken Werkes lohnt sich. Dass es lohnend werden könnte, verrät bereits ein Blick in das Inhaltsverzeichnis des Sammelbandes. So konnten die beiden Herausgeber für ihr Buch eine ganze Reihe renommierter Autoren für die insgesamt elf Beiträge gewinnen, zum Beispiel *Claus Offe*, *Colin Crouch*, *Fritz Scharpf* und *Peter Mair*. Schon diese Aufzählung lässt vermuten, dass das „Age of Austerity“ hier aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln analysiert wird. Als Klammer dient die Politics-Dimension. Alle Autoren versuchen in ihren Beiträgen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die unterschiedlichen Verfahren und Prozesse von Politik in demokratisch

verfassten Kapitalismen zu untersuchen. Die leitende These des Sammelbandes orientiert sich dabei an Piersons prominentem Befund des „fiscal regime of austerity“. In einer Welt wachsender Austerität geraten Demokratien mehr und mehr unter Druck. Denn mit dem Druck nach Haushaltskonsolidierung bei gleichzeitig funktionierenden Finanzmärkten sinke die Responsivität von Regierungen zu ihren Wählerinnen und Wählern. So führe eine Politik des Sparens und Kürzens zu wachsender Politikverdrossenheit – wir erinnern uns an Putnams „Disaffected Democracies“ –, weil nicht nur Regierungen, sondern auch die Opposition in ihren Lösungsvorschlägen sehr limitiert – also „alternativlos“? – seien. „However, democracy depends on choice. Citizens must be able to influence the course of government through elections and if a change in government cannot translate into different policies, democracy is incapacitated.“ (1)

Zunächst führen die Herausgeber *Armin Schäfer* und *Wolfgang Streeck* in den Band ein, indem sie die Ausgangssituation treffend darstellen und später insgesamt neun wahrscheinliche Entwicklungen skizzieren, wie die Beziehung von Kapitalismus und Demokratie – beziehungsweise zwischen „peoples and markets“ (19) – künftig aussehen könnte. Im letzten Kapitel des Bands („The Crisis in Context: Democratic Capitalism and its Contradictions“) nimmt *Wolfgang Streeck* dann nochmals Bezug dazu. Zuvor widmet er sich aber in einem Beitrag mit *Daniel Mertens* der komplexen Beziehung von Öffentlichen Finanzen und Demokratie, also der zentralen Frage, welche die politische Ökonomie (zum Beispiel Schumpeter, Keynes, Buchanan, Hayek) seit Jahrzehnten beschäftigt: „(H)ow

democracy in particular affects public finance and is in turn affected by it“ (26)? Am Beispiel der USA und Deutschlands zeigen die Autoren dann, wie die „fiscal democracy“ (Steuerle 2008) die input- und output-Legitimität tangiert.

Diesen Aspekt des „democracy is at its core a fiscal affair“ (59) greifen auch *Philipp Genschel* und *Peter Schwarz* in ihrem Beitrag auf, in dem sie für 22 OECD-Staaten untersuchen, wie sich „Tax Competition and Fiscal Democracy“ zu einander verhalten. Ein Fazit: „If the scope for democratic choice in capital taxation is to be retained – or enlarged – under conditions of tax competition, large countries have to take the lead.“ (80) Dass sich zumindest hohe Steuerquoten und ökonomischer Erfolg sehr gut miteinander vertragen können, zeigt *Sven Stenmo* in seinem Beitrag „Governing as an Engineering Problem: The Political Economy of Swedish Success.“ Dieses spezielle schwedische „Engineering“ des stark zentralisierten, elitären „decision making model“ sei dafür jedoch eine notwendige Bedingung. Denn das Ziel der Gleichheit betreffe nur den Outcome des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats – und eben nicht seine Entscheidungsprozesse.

Sonderlich demokratische Entscheidungsprozesse würden wir im System der Europäischen Währungsunion erst gar nicht vermuten, was – so *Fritz Scharpf* in seinem Beitrag „Monetary Union, Fiscal Crisis and the Disabling of Democratic Accountability“ – auch sehr treffend das Spannungsverhältnis zwischen Input- und Output-Legitimität jenes politischen Regimes abbilde. Vor diesem Hintergrund stelle sich grundsätzlich die Frage: „EMU economic governance reforms: effective and

legitimate?“ (136) Dass es ihr an Input-Legitimität mangle, belegt *Scharpf* in seinem Beitrag. Und stellt zugleich fest: „It must be seen as a gamble on achieving output legitimacy over the medium term. [...] If it should fail, the legitimacy of the European Union is likely to suffer, and the sense of a common European interest that has developed over many decades may be severely damaged.“ (140)

In seinem Beitrag „Smaghi versus the Parties: Representative Government and Institutional Constraints“ knüpft der Parteienforscher *Peter Mair* an diesen Gedankengang an, indem er die immer problematischer werdende Beziehung von „demands of responsiveness and the demands of responsibility“ analysiert. Sein Befund: die politischen Akteure (zum Beispiel Parteien) in parlamentarischen Demokratien hätten nicht mehr die Fähigkeiten, das obige Spannungsverhältnis aufzulösen. „Responsible – fiscally prudent choices may be at odds with citizens‘ needs and demands, in effect rendering governments less responsive to their constituencies.“ Dieser Prozess war ein schleichender, aber für die OECD-Welt ein nahezu flächendeckender, wie *Armin Schäfer* in seinem Beitrag schreibt: „Between the mid-1980s and the late 2000s, rich OECD countries have liberalized their economies and delegated decisions to markets even at the cost of citizen disaffection.“ (192) Aber seit 2007 hätte sich dieser Prozess noch deutlich verschärft, weshalb „citizens‘ faith in democratic politics is likely to erode further as a result.“

Den Ursprüngen dieser drohenden Entwicklung geht auch *Claus Offe* in seinem darauffolgenden Beitrag nach. Er trägt den Titel „Participatory Inequality in the Austerity State: A Supply-Side

Approach.“ In ihm verbindet *Offe* das Set an Makrovariablen, die *Wolfgang Streeck* für die Analyse seines Konzepts des demokratischen Kapitalismus nutzt, mit Meso- (zum Beispiel. Parteien, Verbände) und Mikrovariablen, die die Partizipation („voting, joining, discussing politics, etc.“) einzelner Individuen erklären sollen: „The question that guides the discussion of these extremely complex relations is how empirical trends in political participation – citizens’ overall disengagement – can be accounted for in terms of developments taking place at the level of the democratic state and its policies, on the one hand, and the capitalist economy, on the other.“ (196) Hier, so *Offe*, käme vor allem der Angebotsseite von Politik eine Schlüsselrolle zu. Wer deren Gestaltungsspielraum weiter einschränke, müsse sich nicht über sinkende Partizipation wundern – daran würden auch neue Beteiligungsverfahren wenig ändern.

In seinem Beitrag „From Markets versus States to Corporations versus Civil Society?“ nimmt *Colin Crouch* seine Überlegungen zur Postdemokratie auf und geht der Frage nach, inwiefern das öffentliche Leben heute von „giant corporations“ bestimmt werde. Diese machten aus der polaren Konfrontation zwischen politischen Konzepten, die entweder den Markt (neoliberal) oder den Staat (sozialdemokratisch) betonten, ein Dreieck, in dem eben jene Großunternehmen „become major insider participants in the policy-making process.“ (219) In seinem Beitrag untersucht *Crouch* – am Beispiel Großbritanniens – wie und warum es zu diesem Dreieck kam. Sein Fazit deckt sich mit den Befunden anderer Beiträge des Sammelbands: „[...] if the national level is simply unable to tackle issues, it is

better to have a diluted democracy with reach than a stronger one that is ineffective. In practice, this means, for example, surrendering some elements of socially embedded and valued national welfare states and regulatory regimes to a weaker European social policy. But without that step there will only be an overall and unresolvable weakening.“ (237)

Diese Schwächung könnte schließlich zu einer Entwicklung beitragen, die *Mabel Berezin* in ihrem Beitrag thematisiert: „The Normalization of the Right in Post-Security Europe.“ Die Soziologin schreibt darin: „A collective sense of insecurity weakens the social largesse and empathy that lie at the core of democratic sentiment and normalizes ideas that many Europeans previously viewed as unacceptable and right-wing.“ (257) Den Schluss-Beitrag liefert schließlich einer der beiden Herausgeber, *Wolfgang Streeck*. Er argumentiert, dass die aktuelle Krise nur im Kontext einer andauernden, konfliktiven Transformation des demokratischen Kapitalismus analysiert werden könne, die in den 1970er Jahren (mit dem Ende der großen Wachstumsphase) begann. „More than ever, economic power seems today to have become political power, while citizens appear to be stripped almost entirely of their democratic defences and their capacity to impress on political economy interests and demands incommensurable with those of capital owners.“ (284)

Diese Aussage bildet zugleich ein wesentliches Fazit dieses Buchs. Eines Sammelbands, der einerseits zwar wenig konkrete Lösungsvorschläge liefert, wie die strukturellen Spannungen und Widersprüche behoben werden könnten, die den ökonomischen und sozialen Verwerfungen unserer Zeit zugrunde

liegen, der jedoch andererseits viel leistet. Denn das Buch bringt sehr klar und verständlich die oben erwähnten Entwicklungen ans Licht, benennt Probleme und Herausforderungen. Und er belegt damit eindrucksvoll, wie sich demokratische Staaten in den vergangenen Jahrzehnten schrittweise verändert haben – hin zu „debt-collecting agencies on behalf of a global oligarchy of investors.“ (284) Es sind Entwicklungen, die wohl auch dazu führen werden, dass wir den „tradeoff“ zwischen der Responsivität und der Effizienz politischen Handelns neu bewerten müssen. Das vorliegende Buch von *Armin Schäfer* und *Wolfgang Streeck* hilft uns dabei.

Daniel Buhr

Kübler, Elisabeth. *Europäische Erinnerungspolitik: Der Europarat und die Erinnerung an den Holocaust*. Bielefeld. Transcript 2012. 280 Seiten. 32,80 €.

Elisabeth Kübler befasst sich in ihrem Buch mit der Holocaust-Erinnerungspolitik des Europarats. Das Buch knüpft an die in der Wissenschaft geführten Debatten über die Konstruktion Europas, die europäische Identität und die Schaffung eines europäischen erinnerungspolitischen Öffentlichkeitsraums an. Im Unterschied zu anderen Studien zur europäischen Erinnerungspolitik fokussiert die Autorin auf eine einzelne europäische Institution – den Europarat – und ihre Rolle in der Gestaltung der Holocaust-Erinnerungspolitik. Die Autorin geht jedoch ebenso auf Überschneidungen der Schwerpunkte des Europarats mit anderen europäischen Institutionen und auf Interessenkonflikte zwischen den Mitgliedern dieser Institutionen ein. Diese explorative Fragestellung konzentriert

sich, wie die Autorin anmerkt, in der Hauptsache auf die Wer-, Was- und Wo-Fragen der Holocaust-Erinnerungspolitik in Europa.

Das Buch umfasst fünf Kapitel. Das erste, einführende Kapitel macht den Leser beziehungsweise die Leserin mit dem aktuellen Forschungsstand zur Erinnerungspolitik im Europarat und allgemein in Europa, mit den in der Studie angewandten Methoden sowie mit grundlegenden Begriffen wie „Holocaust“, „Erinnerungspolitik“ und „Europa“ vertraut. Im Zuge dessen wird auch die Geschichte, Struktur und Arbeitsweise des Europarats beschrieben. Das zweite Kapitel widmet sich der Zuordnung des Politikfeldes „Holocaust-Erinnerung“ zu verschiedenen europäischen Institutionen. Hierbei werden der Europarat, die EU-Institutionen, die OSZE, die UNO sowie die „Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research“ berücksichtigt, und es werden Überschneidungen und Unterschiede zwischen diesen skizziert. Das dritte Kapitel beschäftigt sich unmittelbar mit den thematischen Schwerpunkten der Holocaust-Erinnerungspolitik des Europarats, das heißt mit Holocaust Education, Geschichtsvermittlung in Schulen, Bildung zu Demokratie, Menschenrechten und Diversität, Antisemitismus- und Rassismusbekämpfung sowie Zusammenarbeit mit Romnija und Roma. Im vierten Kapitel, dem Fazit, wird die Bedeutung der Holocaust-Erinnerungspolitik des Europarats im heutigen Europa zusammengefasst. Das fünfte Kapitel enthält abrundend Verzeichnisse der verwendeten Abkürzungen, Dokumentenquellen und Literatur.

Elisabeth Küblers Werk bietet einen wertvollen Überblick über die Schwerpunkte der verschiedenen europäischen